

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Kooperationsverbot im Bildungs- und Wissenschaftsbereich abschaffen!**

Im Jahr 2006 wurden im Rahmen der Föderalismusreform I in den Bereichen Bildung und Wissenschaft die jeweiligen Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern neu geregelt mit dem Ziel, die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bildungssystems und der Forschungslandschaft zu verbessern. Die Schulpolitik fällt nun komplett in die Länderkompetenz und auch die Zuständigkeit für die Hochschulen wurde nahezu vollständig auf die Länder übertragen. Zugleich wurde dem Bund durch das sich aus Artikel 104 b GG ergebende Kooperationsverbot untersagt, die Länder in ihrer bildungs- und wissenschaftspolitischen Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen. Die Finanzierung von bedeutsamen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Bildungswesens ist damit ebenso ausgeschlossen wie von Bund und Ländern gemeinschaftlich finanzierte Modell- und Förderprogramme, wie sie von der Ende 2007 abgewickelten Bund-Länder-Kommission angestoßen und begleitet wurden.

Dieser nahezu vollständige Verzicht des Bundes und die völlige Abkehr von der Bund-Länder-Kooperation in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik ist angesichts des immensen Reformbedarfs unseres Bildungssystems nicht sachgerecht. Bildung ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und verdient damit eine ganzheitliche, die politischen Ebenen und gesellschaftlichen Institutionen übergreifende Bildungsstrategie. Eine ganzheitliche Strategie setzt verbindliche Regelungen voraus, die sinnvolle und notwendige Kooperationen zwischen Bund und Ländern erlauben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, Artikel 91 b GG und Artikel 104 b GG dahingehend zu erweitern, dass im gesamten Bildungs- und Wissenschaftsbereich Bund und Länder in Fällen überregionaler Bedeutung zusammenwirken können und Finanzhilfen des Bundes ohne Einschränkungen möglich werden.

Anja Stahmann, Silvia Schön, Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mustafa Güngör, Sybille Böschen,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD